

# Correspondent

Er scheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis  
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Sonnabend den 30. Mai 1896.

№ 60.

**Erfundigungen sind einzuziehen** vor Konditionannahme in der Druckerei von J. H. Born (Neueste Nachrichten) in Eiberfeld (Differenzen aus- gebrochen) beim Vorsitzenden Ad. Windgassen, Klopfbahn 18.

## Erklärung.

Rücksichten auf die Interessen der Gesamtheit lassen es uns zur Zeit unthunlich erscheinen, dem Correspondent-Redakteur auf die eigenartige Vertretung seiner persönlichen Ansichten in unserm Organ gebührend zu antworten. Die geehrten Mitglieder dürfen jedoch überzeugt sein, daß nach endgültiger Erledigung der Tarifangelegenheit gründliche Klarheit herbeigeführt werden wird.

Berlin, 27. Mai 1896.

Der Verbandsvorstand.

## Die neue Tarifgemeinschaft,

ein national-liberal-gouvernementales Aukudsei.

Ueber die unter obigem Titel auch in der heutigen Nummer des Corr. angekündigte Schrift bringt die Leipziger Volkszeitung einen zusammenfassenden Artikel, worin zunächst ausgeführt wird, daß die Buchdruckunternehmer jetzt durch die Schaffung der Tarifgemeinschaft einen von langer Hand vorbereiteten gefährlichen Schlag gegen die Gehilfenorganisation führen wollen, der zugleich der gesamten Arbeiterschaft Fesseln anlegen soll, indem die im Buchdruckgewerbe getroffenen Lohnfestsetzungsformen demnächst zur Begründung von gleichartigen Gesetzesvorschlügen erscheinen würden.

In tiefster Seele verhaßt ist den Unternehmern die letzte und stärkste Waffe des werktätigen Volkes im wirtschaftlichen Kampfe, der Ausstand. Ihn fürchten sie, seine Wirkungen haben sie mehr als einmal erfahren und der erzieherische Einfluß des disziplinierten Streiks auf das Klassenbewußtsein der Arbeiter ist den Freunden der den Profit erhaltenden „Harmonie“ ein Scheuel und Greuel.

Eine Hauptaufgabe der Plusmacherpolitik ist stets die systematische Vähmung der modernen Gewerkschaftstätigkeit.

Welches Mittel bot sich der siebengescheitden Pffiffigkeit der Klinkhardt, Baensch, Kamm, Bügenstein und Konforten?

Das Koalitionsrecht nach Stummscher Vorschrift aus der Welt zu schaffen und mit Einem Federstrich die heutige soziale Bewegung zu kaschieren, geht nicht an. Das Proletariat ist eben doch ein Machtfaktor, mit dem gerechnet werden muß.

Nun, so versuche man es auf dem staatsmännischen Wege der Ueberlistung! Man schaffe einen Apparat, dessen Firnis von Arbeiterfreundlichkeit glänzt, dessen Schrauben und Winden aber den letzten Rest der Selbständigkeit, der raschen Aktionskraft und Schlagfertigkeit der Arbeiter erdrücken.

Diese Ketter aus schwerer Not sind die vielgepriesenen Einigungskämter, die samt dem übrigen Driborium der gemeinschaftlichen Lohnfestsetzung Herr Baensch, jetzt Vorsitzender der Leipziger Buchdruckerinnung und stellvertretender Vor-

sitzender der deutschen Unternehmerorganisation, schon 1889 auf der Generalversammlung des Deutschen Buchdrucker-(Prinzipal-)Vereins lebhaft empfohlen hat. Die Vorschläge jener Zeit sind der Keim für die kommenden Pläne, mit denen Herr von Verlesch und seine Hintermänner sich ein neues Vorbeerblatt in ihren Ruhmeskranz flechten wollen.

Der Antrag Baensch forderte:

Der D. B. V. erucht im Hinblick auf die weitere Kräftigung des sozialen Friedens die Reichsregierung, mit thunlichster Beschleunigung ein Gesetz auszuarbeiten, welches die jetzigen Gewerbe-Schiedsgerichte in **berufsgenossenschaftliche Schiedsgerichte und Einigungskämter für gewerbliche Streitigkeiten, Lohnfestsetzungen usw. mit gesetzlicher Exekutive** verwandelt, im fernern die Urheber einer Masseneinstellung der Arbeit oder Massentalassung von Arbeitern zum Zwecke günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bekräftigt, sofern die **ordnungsgemäße Vermittelung der berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte nicht angerufen** oder die dabei festgesetzte Kündigungsfrist nicht eingehalten worden ist.

Alles Spätere ist nur noch Verzierung, Schnörkelwerk und ein gefälliges Mittel, um die weniger Einsichtigen zu blenden.

Was bezwecken diese Einigungskämter? Sie liefern die um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden, organisierten Arbeiter auf Gnade und Ungnade dem wirtschaftlich und gesetzlich bevorrechteten Unternehmertum aus, indem sie jeden raschen Entschluß, jedes durchgreifende Vorgehen verhindern, die Kapitalisten in den Stand setzen, in aller Ruhe ihre Verteidigungsmaßregeln zu treffen und jeden Angriff der Arbeiter wohlgerüstet abzuschlagen.

So hofft man die Arbeiter in ihrer Organisation und Agitation zu paralytisieren, sie wehrlos zu machen.

Diese Absicht versteckt sich hinter der schön gemalten Coullisse der Sozialreform von oben, die von einem „gemeinsamen Zusammenarbeiten“ der Unternehmer und der Arbeiter spricht, in Wirklichkeit aber die Unterordnung der Arbeiter unter die Unternehmer bezweckt. In den ökonomischen Auseinandersetzungen stehen sich die Interessen der Arbeiter und der Kapitalisten schroff gegenüber, und dieser grundsätzliche Gegensatz kann durch die Redensarten vom „Hand in Hand gehen“, deren Nichtigkeit die Thatfachen des Klassenkampfes jeden Augenblick beweisen, nie und nimmer verwischt werden.

Wie sollen zwei so wesensungleiche Gruppen zu einer Einheit verschmolzen werden, da doch gerade ihr Lebensprinzip der Konflikt untereinander, der Konflikt zwischen Unternehmervorteil und Arbeitskraft ist? Das ökonomische, politische und gesellschaftliche Uebergewicht des Unternehmertums, das alle Machtmittel in der Hand hat, hinter dem Staat und Parlament stehen, würde in einer solchen „Gemeinschaft“ die bereits heute bestehende Abhängigkeit des Arbeiters zu einer wahren Hörigkeit steigern.

Die Arbeiter in diesen Einigungskämtern sanken zu kläglichen Statisten herab, die nichts wären als Schatten, ohne Nutzen für die Arbeiterschaft, ein Schaben für den sozialen Fortschritt.

Die Leipz. Volksztg. erdrtet hierauf die Verantwortung der neuen Tarifgemeinschaft und schließt ihre Ausführungen:

Haben sich die Gehilfen erst einmal gebunden, dann sieht das Buchdruckerkapital, ein moderner Schylod, auf seinem Schein und hält mit eiserner Faust die einmal errastete Beute fest.

Denn die Sozialpolitiker am grünen Tische werden jetzt dieses Paradestück zur Schau vorführen und das Muster der löblichen Unterwerfung der Buchdruckerhilfsenschaft unter das Joch der Klinkhardt, Baensch, Bügenstein und Kamm als den Anfang einer neuen Aera der Lohnpolitik feiern.

Hier soll der Hebel angelegt werden, um an Stelle der heutigen Lohnbewegung eine Einrichtung zu setzen, die mit der Koalitionsfreiheit aufräumt und dafür den Zwang gesetzlicher Reglements gibt, die den Entschließungen der Arbeiterschaft Raum und Zügel anlegen zu Ruß und Frommen des Kapitals.

Hier das Selbstbestimmungsrecht mit Nägeln und Nähen zu verteidigen und die Berliner Abmachungen abzulehnen, ist unsern Erachtens die Ehrenpflicht der Buchdruckerhilfsenschaft.

Keine Bevormundung, sondern Freiheit der Koalition!

## Wie Bürenstein, Baensch und Kamm für den Gehilfenverband fühlen.

Reden dieser Herren.

Im Februar 1891 nahm der Deutsche Buchdrucker-Verein nach langen Vorberatungen eine Statutrevision vor und es wurde auf der dazu abgehaltenen Generalversammlung im Buchhändlerhause zu Leipzig eine hochinteressante Diskussion über die in Bezug auf den Tarif von der Vereinigung einzuschlagende Politik gepflogen. Zwei Anschauungen standen sich gegenüber: die eine glaubte das Prinzipalwohl am besten durch einen zwischen den Organisationen der Prinzipale und Gehilfen zu schaffenden Tarif zu wahren, die andere sah in der Verhandlung von Allgemeinheit zu Allgemeinheit den größten Vorteil für die Prinzipale. Die letztere Methode behauptete das Feld.

Aus den Reden bringen wir einige Auszüge, die unsern Lesern den tiefsten Einblick gewähren in die Denkweise der jetzt bei der Tarifrevision im Vordergrund stehenden Herren.

Herr Bürenstein: Wir haben uns, offen gestanden, gewundert, daß diesem Antrage, der ein alter Antrag der Gehilfen ist, nachgegeben wird und zwar einem Antrage, welcher lediglich zur Folge haben wird, den Verein der Gehilfen zu stärken. W. D., es ist Ihnen ja bekannt, daß seit Jahren die Gehilfen in den Tarifverhandlungen den Antrag gestellt haben, daß sie zu partieren wünschen als Unterstüßungsverein ihrerseits mit einem Prinzipalverein andererseits. Die Gehilfen wollen den Unterstüßungsverein ihrerseits als Kontrahenten haben, weil ihnen daran liegt, die Macht des Unterstüßungsvereins so viel als nur möglich zu stärken. Meine Herren, wir sind nun nicht in der Lage, die Verhältnisse der anderen Sektionen zu beurteilen; bei uns haben wir sie aber kennen gelernt und sehen keinen Augenblick an, offen zu bekennen, daß wir mit dem Gehilfenvereine oft läbliche Erfahrungen gemacht haben. Wo er die Macht gehabt hat, hat er sie ausgenutzt und darum sehen wir nicht ein, warum wir heute diejenigen Gehilfen, denen wir zu etnem gewissen Danke verpflichtet sind, die uns in schwierigen Lagen, Streiks usw. geholfen haben, warum wir diese Gehilfen mit Gewalt in das Lager des Unterstüßungsvereins bringen sollen. (Vielsache Zustimmung.) ... Nach meiner Erfahrung, und Herr Kollege Raether, der mein Nachfolger ist, kann mir das bestätigen, haben die Prinzipale immer wie ein Mann in allen wichtigen Fragen gestanden und es ist immer abgelehnt worden, mit dem Unterstüßungsvereine

zu kontrahieren. .... Soweit ich die vorgeschlagenen Statutänderungen verstanden habe, laufen sie darauf hinaus, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein seinerseits für die Prinzipalität den Tarif kontrahieren will, es den Gehilfen überlassend, Organe oder geeignete Vertreter zu ernennen. Ja, dann ernennen ja die Gehilfen den Unterstützungsverein! Wenn wir den Antrag annehmen, einen sogenannten Vereinstarif zu machen, dann folgen wir nur dem Wunsche der Gehilfen. Wir erblicken wie gesagt eine große Gefahr darin, wenn es geschieht und würden dem nicht zustimmen können.

Herr Döbernborg als Berichterstatter des Vereinstarifs sagte es offen, daß bei „Verhandlungen“ die Prinzipale ein Geschäft zu machen gedenken:

Wenn behauptet wird, daß ein Vereinstarif das Machtmittel für den Unterstützungsverein bilden werde und muß, so kann ich dem allerdings zustimmen, wenn Sie ihm gegenüber einen schwachen Deutschen Buchdrucker-Verein haben, der einfach sich die Sachen von der andern Seite diktieren läßt. Aber wir wollen ja gerade durch die Vorschläge, die wir Ihnen machen, den Verein stärken, wir wollen ihn so hinstellen, daß er wirklich mit Nachdruck etwas erreichen kann in den Verhandlungen mit den Gehilfen. Wir können gewisse Konzessionen machen, aber an einem entscheidenden Auftreten gegenüber den organisierten Gehilfen müssen wir festhalten. Wir wollen, daß Farbe bekannt wird und daß wir eine entscheidende Stellung bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse bekommen und das ist auf keine andre Weise möglich, als daß wir von Korporation zu Korporation verhandeln. (Sehr richtig!)

Herr Ramm: Unser Vorstand unternimmt es also, mit der organisierten Gehilfen-Gesellschaft, dem Unterstützungsverein, einen Tarif zu schaffen. Die notwendige Folge würde sein, daß, wenn der Tarif beraten ist, er doch selbstverständlich eingeführt werden muß. Von unseren 1300 Mitgliedern würden, wenn Sie einen Vereinstarif dekretieren, vielleicht 300 den festen Willen haben, diesen Tarif ein- und durchzuführen, die übrigen würden die Sache an sich herankommen lassen und abwarten, wie sich ihre Gehilfen dazu verhalten. Soweit diese im Unterstützungsverein, würden sie gar nicht anders können, als diejenigen Prinzipale zu verlassen, die den Tarif nicht bezahlen. Sie würden sagen, die Prinzipale haben mit uns ein Abkommen getroffen, unser Prinzipal hat keine Lust, daselbe anzuerkennen, so müssen wir aufhören. Haben Sie sich überlegt, daß Sie die aus solchem Anlasse streikenden Gehilfen werden mit schablos halten müssen, bis sie eine andre Kondition gefunden haben? Wenn die Gehilfen aus Anlaß des Vereinstarifs ihre Stellungen aufgeben, so werden Sie diese wohl oder übel schablos halten müssen. (Heiterkeit. Rufe: Sehr richtig! Unverständlich!) Das sind die Konsequenzen. Mit Kopfschütteln und Lächeln kommen Sie darüber nicht hinweg. Das wird Recht werden und zwar in ganz andern Umfange wie der jetzige allgemeine Tarif Recht ist. Tragen Sie wirklich Verlangen, sich auf ein derartiges gewagtes Experiment einzulassen und damit die Vereinigung in Frage zu stellen? Das wäre ein Experiment auf Leben und Tod.

Herr Bügenstein: Und wenn Sie nun heute glauben, daß der D. B. V. einen Vereinstarif machen wird, der ja wahrscheinlich kommen wird, ganz gleichgültig wie die heutige Versammlung ausfallen möge, so werden Sie doch die Prinzipale nicht zwingen, den Tarif anzuerkennen. Ich will in Gemeinschaft mit Kollegen sitzen, die mit genau denselben Mitteln arbeiten und kämpfen wie wir. Da kommt es aber nicht bloß darauf an, den Tarif zu „zahlen“, sondern es kommt auf das Wort „anerkennen“ an. Zum Anerkennen gehört die Lehrlingskassa. Wenn ich sage: ich zahle meine 32 Pf., also bezahle ich den Tarif; das genügt nicht. Was wird aber die Folge sein? Sie werden unmöglich jene 800 Herren, die heute den Tarif nicht anerkennen, für die Folge bewegen können, daß sie es thun; Sie werden sie also aus der Gemeinschaft des Deutschen Buchdrucker-Vereins herausdrängen, ... es wird dann vielleicht wirklich so kommen, wie Herr Kollege Förster gesagt hat, daß sich die kleinen Betriebe in den (Kadendruck-)Vereinen begeben und die großen in den anderen. Und da bin ich nach wie vor der Ansicht, daß es eine Härte ist, wenn die großen Betriebe sich das Recht nehmen wollen, den kleinen Betrieben Geseje und Tarif zu diktieren. ... Es ist mindestens beachtenswert, daß gerade diejenigen beiden Sektionen, welche mit den Massen der Gehilfen zu thun haben, sich gegen die Vereinbarungen von Verein zu Verein verhalten. Leipzig und Berlin sind die größten Druckstädte Deutschlands, und die Prinzipale dieser Städte haben die meiste Erfahrung darüber, was sie von der Gegenpartei zu halten haben. (Mehrfache Zustimmung.) Und wenn diese beiden Städte heute kommen und Sie bitten, davon abzusehen, so glaube ich, sollten Sie auf die Erfahrungen dieser beiden Sektionen etwas geben.

Herr Baensch: Aber die Herren sind sich darüber doch klar, daß in dem Falle, wenn der Vereinstarif von Verein zu Verein vereinbart wird, sie dann nur Unterstützungsvereinsmitglieder anstellen dürfen. Das ist die unbedingte logische Konsequenz. Denn wenn ein Vereinstarif gemacht wird, so müssen diejenigen, die ihn vereinbaren, gegenseitig sich das Wort geben, daß sie die Gehilfen nicht mahregeln. (Hurufe: Nicht zu verstehen!) Es würde das meines Erachtens eine Stärkung des Unterstützungsvereins sein, wie wir sie nicht wünschen können; denn es hieße, die außerhalb stehenden Gehilfen in den Unterstützungsverein

treiben, wie wir es schon einmal durch die Stettiner Resolution gethan haben. Und das ist auch die Macht, auf die der Unterstützungsverein sich augenblicklich stützt und womit er dem Deutschen Buchdrucker-Verein beziehentlich der nächsten Tarifkommission das Leben sehr sauer machen wird.

Aus vorstehenden Reden geht unzweifelhaft hervor, daß die Macher des jetzigen Tarifs nichts mehr verschütten wollen als eine Stärkung des Gehilfenverbandes. Und die Gehilfen-Gesellschaft soll ihre Pläne acceptieren, die, wie sich am Rande begreift, folgerichtigweise ihrer Organisation doch bloß ein Bein stellen sollen? Die Gehilfen-Gesellschaft wird sich hüten!

## Korrespondenzen.

Berlin. Berichtung. Im Vereins-Versammlungsberichte vom 13. Mai sind von dem betreffenden Berichterstatter meine Ausführungen über das „Monstrum“ von Tarif verschiedentlich falsch wiedergegeben und fühle ich mich veranlaßt, folgendes dazu zu bemerken. Es heißt da u. a., daß ich nicht einsehen kann, weshalb eine zwei- bis dreistündige Mittagszeit unartfsmäßig sein soll. Es ist mir gar nicht eingefallen, von einer dreistündigen Mittagspause zu sprechen, sondern ich habe nur ausgeführt, daß ich bei der deutschen Arbeitszeit die zweistündige Mittagszeit einer solchen von einer oder einseinhalb Stunden vorziehe, daß es bei den Berliner Verhältnissen den meisten Kollegen unmöglich sei, in einseinhalb oder einer Stunde nach Hause zu eilen, während dieses innerhalb zwei Stunden den meisten Kollegen noch möglich ist. Es heißt dann weiter: „Ebenso hielt ich es für zweckmäßiger, wenn sich die Maschinenmeister die halbe Stunde als Ueberbrumen bezahlen ließen, als auf die Bestimmungen a, b, c einzugehen.“ Der Berichterstatter verschweigt dabei aber, daß in vielen kleinen und mittleren Druckereien die Arbeitszeit für die Maschinenmeister in der Weise geregelt ist, daß jeder Maschinenmeister in der Woche drei Stunden frei hat, die dadurch ausfüllige Arbeit jedoch von seinen Kollegen mitverrichtet werden muß, also: Verkürzung der Arbeitszeit auf Kosten seiner Kollegen. Da sieht sich dann metrer Ansicht nach der Maschinenmeister doch besser, wenn er sich die halbe Stunde als Extrastunde bezahlen läßt, denn dann brauchen seine Kollegen seine Arbeit doch nicht noch mitzumachen. Uebrigens ist diese Bezahlungsweise schon in verschiedenen Druckereien eingeführt. Und alle diese Mängel sind doch nur Folgen dieses „Monstrums“ von Tarif. Interessant und bezeichnend zugleich ist es nun, wenn der Berichterstatter einen großen und wichtigen Teil der Verhandlungen einfach totschweigt. Man scheint ja die Oeffentlichkeit zu fürchten wie das Kind das Feuer. Es wurde nämlich vom Vorsitzenden Kollegen Massini bemerkt, daß sich doch auch die Kollegen einmal über das Verhalten des Corr. äußern möchten und tadelte die „Eigenmächtigkeit“ unerss Redakteurs in scharfen Worten. Die Debatte, die sich nun darüber entspann, füllte einen großen Teil des Abends aus und ist wohl so niedererschütternd auf verschiedene Herren gewesen, daß man, wie gesagt, diesen Punkt vollständig aus dem Berichte fortließ. Ich halte es nun für meine Pflicht, diesen Bericht wahrheitsgemäß zu ergänzen. Nachdem Kollege Massini, wie gesagt, in scharfer Weise sich gegen die Haltung des Corr. wandte, wieser sämtliche außer einem Redner, welcher wohl mit den betreffenden Artikeln einverstanden war, die Veröffentlichung aber für taktisch falsch hielt, in energischen und treffenden Worten die Aeußerungen des Kollegen Massini zurück; sie wieser nach, daß die Berliner Kollegen-Gesellschaft denn doch auf andern Standpunkte stände. In scharfen Worten wurde gegen das Ansinnen einiger Führer, den Redakteur unerss Organs zum „Strohmanne“ herabzubrüden, protestiert, denn wenn unser Redakteur nur dazu da sein soll, um stets den Intentionen des Zentralvorstandes und der Gehilfenvertreter gemäß zu handeln und zu denken, so kann man füglich nur noch von einem „Strohmanne“ reden und wenn es mit uns schon so weit gekommen sei, daß dem Redakteur unerss Organs jede Selbständigkeit und jede freie und gerechte Kritik genommen werden sollte, dann würde der Grundfehler unerss Verbandes: „die freie Meinungsäußerung“, einfach gehührt. In warmen Worten wurde weiter ausgeführt, daß die Kollegen-Gesellschaft Deutschlands unserm Redakteur nur dankbar dafür sein könnte, daß er den Rat fand, den Kollegen den richtigen Weg, den der Verband zu gehen habe, mit klaren Worten zu zeigen und nicht mehr nach der Pfeife einzelner Personen tanze. Man hatte nun wohl nicht erwartet, daß sich fast sämtliche Redner auf die Seite unerss Redakteurs stellten und seine gerechte Sache in Schutz nahmen und so unterließ man es einfach, darüber etwas im Bericht zu erwähnen und das nennt man dann womöglich noch „objektive“ Berichterstattung, damit nur ja nicht die Kollegen-Gesellschaft Deutschlands von dem wahren Geiste der Berliner Kollegen etwas erfährt. — Die so berühmte und berichtigte Resolution, welche in Berlin zwischen Prinzipals und Gehilfenvertretern in Sachen des Corr. gefaßt worden ist, wird ja wohl in allen Ecken Deutschlands eine äußerst lebhaftete Aussprache zeitigen und es wird dann an der Gesamtorgans-Gesellschaft Deutschlands liegen, den Gehilfen einer verschwindend kleinen reaktionären Minderheit ein für allemal einen kräftigen Kiegel vorzuschleiben.

S. Salomon.

-a. Nürnberg, 22. Mai. Heute fand hier eine gut besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, in welcher unser Gehilfenvertreter Kollege Herzberger aus München in erschöpfender Weise über die Tarifverhandlungen referierte. Derselbe führte aus: Daß der Verband nach vierjähriger, einschläfernder Ruhe im Gewerbe einmal wieder etwas thun mußte, um die Kollegen Deutschlands aufzurütteln, muß auch dem milder einseitigen Kollegen begreiflich sein. Der Stand der Vertreter sei aber in der gegenwärtigen Bewegung ein ganz anderer als 1891, hauptsächlich gegenüber der Zwitterstellung der Prinzipalstassen. Wenn sich der Verband in den letzten vier Jahren in der Frequenz sehr gehührt habe, so sei dies zum großen Teile den liberalen Grundsätzen, so der Herabsetzung des Eintrittsgeldes usw. uim. zuzuschreiben, was doch nicht zu vergessen sei. Wir hätten daher mit vielen Kollegen zu rechnen gehabt, die die Ziele des Verbandes noch nicht recht begriffen, und es hätte doch etwas Gutes für die Gesamtheit herauskommen sollen. Mißverstand sei das Verhalten der Berliner Kollegen während der ganzen Verhandlungen gewesen, da sie ihre eignen Vorteile den Interessen der Gesamtheit opferten. Redner wandte sich dann scharf gegen die Angriffe im Corr., daß der Tarif überhaupt nichts bedeute, daß es nur unerlöste Pläne seien, da den Prinzipalen drei Jahre Zeit gegeben sei, den Tarif einzuführen. Es sei doch die Tatsache gerade auf den Kopf gestellt, wenn behauptet werde, daß der Tarif nur für Städte über 20000 Einwohner bestimmt sei. Der Tarif gelte für alle Städte in ganz Deutschland, der betreffende Paragraph schreibe nur vor, daß in Städten unter 20000 Einwohnern auf Antrag beider beteiligten Parteien der alte Tarif belassen werden kann. Werde ein solcher Antrag gestellt, so komme derselbe vor das Tarifamt. Im Tarifamt sitzen drei Gehilfen und drei Prinzipale. Nun schreibe aber der neue Tarif vor, daß bei Stimmengleichheit der Antrag als abgelehnt gelte, so daß es hierbei immer auf die Gehilfen ankomme, ihre Interessen zu vertreten. Ebenso sei es mit der Tarifdauer. Der Tarif sei zwar auf fünf Jahre festgelegt, jedoch nur bedingt. Sollte der neue Tarif innerhalb drei Jahren nicht vollständig zur Einführung kommen, so kann derselbe am 1. Juli 1899 gekündigt werden. Daß die Einführung desselben sich nicht in der vom Corr. beschriebenen Weise vollzöge, dafür werde die Gehilfen-Gesellschaft und hauptsächlich ihre Vertreter schon sorgen. Gerade durch die Tarifgemeinschaft habe man die Handhabe, die Prinzipale zu zwingen, an der vollständigen Einführung des Tarifs mitzuwirken. In dem Augenblicke, wo sie es nicht thun, habe der andre Kontrahent keine Pflichten mehr und es könne dann der Tarif jederzeit außer Kraft gesetzt werden. Genau so sei es auch mit der Behauptung, der Tarif schaffe zweierlei Mitglieder in Bezug auf den Maschinenmeisterparagrafen. Den Maschinenmeistern komme ebenso die Arbeitszeitverkürzung zu gute, wie den Sepern, nur seien die Prinzipale mit Rücksicht auf die technische Ausbreitung einzelner Großbetriebe, z. B. bei Buchfabriken, wie sie in Leipzig, Hamburg usw. uim. bestehen, nicht dafür zu haben gewesen, die Verkürzung wie bei den Sepern auf 9/10 Stunden pro Tag zu bestimmen. Dafür sollen aber die Maschinenmeister jede Woche drei Stunden oder alle drei Wochen einen vollständigen Tag frei haben. Wenn vielleicht einmüßig werde, daß dessen Maschine von den anderen Gehilfen dann mitbesorgt werden müsse, so sei darauf zu erwidern, daß es hier an den Kollegen selbst liege, diese sollten es dann verweigern, da der Tarif nur die Bedienung einer Maschine vorschreibe. Uebrigens sei es an der Zeit, daß die Maschinenmeister sich mehr den Interessen der Gesamtheit widmen und ihre Zwitterstellung in Sondervereinen lassen lassen, es gäbe keine zweierlei Interessen im Gewerbe zu vertreten. Gerade die Maschinenmeister hätten technisch das Uebergewicht. Bei den Verhandlungen über die Sozialzuschläge habe bei den Prinzipalen sowohl wie bei den Gehilfen große Lust bestanden, den Sozialzuschlag für Leipzig in derselben Höhe wie in Berlin und Hamburg festzusetzen, jedoch sei der Vertreter für Sachsen nicht anwesend gewesen, der den Antrag hätte begründen sollen. Es sei eine Annahme der Leipziger Gehilfen, den Vertreter für Sachsen, der doch nicht von und für Leipzig gewählt worden sei, zu bestimmen, sein Mandat niederzulegen, wie es auch ein großer Fehler von Kollegen Nibel war, dies zu thun, wogegen schon verschiedene große Städte Sachsens, wie Chemnitz und Dresden protestiert hätten. Im übrigen bestimme der neue Tarif, daß die Sozialzuschläge im Umkreise von 10 km in jeder bis jetzt mit Sozialzuschlag belegten Stadt Geltung haben. Im ganzen sei ohne Tarifgemeinschaft überhaupt nichts zu erreichen gewesen, die Vertreter seien durch die Gesamtheit zu ihrer Stellung verurteilt worden und hätten so vorgehen müssen, wollten sie nicht ihre eignen Interessen vertreten. Wenn mehr zu erreichen gewesen wäre, hätten sie es sicher gethan. — In der hieran anschließenden Diskussion gaben sämtliche Redner sich mit dem Ertrungenen zufrieden, da nach der gegenwärtigen Lage nicht mehr zu erreichen war und verurteilten insgesamt die unbedingten Angriffe des Corr. gegenüber den Gehilfenvertretern. Es wurde hierbei betont, Kollege Gahs hätte sich präztig ausdrücken sollen, wie er sich den Systemwechsel denkt. Kollege Fiedler gab sobann noch einen kurzen Bericht der Tarifkommission, aus dem hervorgeht, daß von Leipzig aus an die hiesigen Prinzipale die Weisung ergangen sei, die Generalversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins abzuwarten.

Jedoch stehen die hiesigen Prinzipale auf einem ganz friedlichen Standpunkt. Hierauf gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung in Nürnberg, mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden, erklärt: Obwohl die Abmachungen der Tarifkommission für die Gehilfen nur minimale Vorteile bieten, ist sie doch nach Lage der Verhältnisse mit denselben einverstanden und gibt weiter dem Bewußtsein Ausdruck, daß die Gehilfenvertreter der Tarifkommission ihre volle Schuldigkeit getan haben. Die Versammlung erwartet, daß die Prinzipale, gemäß ihrem gegebenen Versprechen, dem Tarif allenthalten baldigt zur Einführung verfahren.“ Am 23. Mai lief auf das am 11. Mai erfolgte Gesuch der örtlichen Tarifkommission ein Schreiben der hiesigen Prinzipale ein, daß sie beschließen haben, den neuen Tarif mit dem 1. Juni zur Einführung zu bringen.

**Stuttgart.** Donnerstag den 21. Mai, abends 8½ Uhr, erstattete der Gehilfenvertreter des Kreises IV, Kollege Knie, den Bericht über die Fortsetzung und das Ergebnis der Tarifverhandlungen. Das Versprechen der Prinzipalvertreter in Leipzig, mit Anfang Mai die verfürzte Arbeitszeit in den größeren Städten zum Durchbruche zu bringen, habe, soweit es eingelöst worden sei, etwa 6000 Gehilfen in den Genuß der verkürzten Arbeitszeit gebracht, wozu noch zu bemerken sei, daß mit verhältnismäßigen Ausnahmen von den Sonderbestimmungen für die Maschinenmeister kein Gebrauch gemacht werde. Die Stellungnahme der Leipziger Innung der Druckerbesitzer sei auch von den Prinzipalen bei den Verhandlungen beurteilt worden und wenn die dementsprechende Resolution zugleich eine Erklärung gegen die Haltung des Corr. aufweise, so resultierte dieselbe aus der teilweise beleidigenden Sprache gegen die Gehilfenvertreter selbst, sowie aus der während des Ganges der Verhandlungen vorgenommenen taktischen Frontveränderung, welche durch die Maßnahmen der Leipziger Prinzipale allein niemals gerechtfertigt werden könne und die Gehilfenvertreter in eine schiefe Lage gebracht habe. Es sei ein über-eilter Schritt der Leipziger Gehilfenschaft gewesen, den Gehilfenvertreter des Kreises Sachjen zur Niederlegung seines Mandates zu veranlassen, so begrifflich er auch erscheinete angesichts des geradezu beleidigenden Beschlusses der Leipziger Innung gegenüber dem von dem resp. Prinzipalvertreter einmal gegebenen Worte. Gerade mit Bezug auf die Lokalzuschläge wäre bei Anwesenheit des Gehilfenvertreters eine Erhöhung für Leipzig zu erreichen gewesen. — Bei seiner Abreise von Stuttgart sei ihm kein Zweifel übrig geblieben, daß die Prinzipale des Kreises jede weitere materielle Erhöhung des Tariffs ablehnten und es sei auch so gekommen, daß die Lokalzuschläge in den ganzen nur eine geringfügige Verbesserung in wenigen Druckorten aufweise und der Kreis IV ganz ausgefallen sei. Daß für Posen und Lübeck sogar eine Verabfehung des Lokalzuschlages erfolgt sei, habe man der lazen Haltung der dortigen Gehilfen zu Lasten zu legen, die es versäumt hätten, durch energisch einzuwendenden Protest gegen die beantragte Verabfehung dem betreffenden Gehilfenvertreter die Vertretung der seltener bestehenden Position zu erleichtern. Bei Berechnung spartimierter wissenschaftlichen Sazes sei eine kleine Verbesserung gegen den seitigen Zustand, der z. B. in der größten Druckeret am hiesigen Plage zu Wipshelligkeiten geführt habe, erzielt worden. Jede weitere materielle Erhöhung sei prinzipalstweilig von vornherein rundweg abgelehnt worden mit Hinweis auf die unbedingt aufrecht zu erhaltende Verkürzung der Arbeitszeit. Die Debatte über die Tariforganisation habe die Notwendigkeit über die Errichtung einer solchen dargehan. Sie sei nicht nach dem Muster der seligen Tarifgemeinschaft bemessen, denn die in ihr vorgesehene Kündigung des Tariffs sei eine nur vierteljährige, in welcher Zeit auch die Stellung und Beratung von Anträgen stattzufinden habe, was immerhin einen unbedingten Fortschritt bedeute. Die auf fünf Jahre festgesetzte Gültigkeitsdauer des Tariffs habe man mit der Klausel versehen, daß, wenn nach drei Jahren des bestehenden neuen Tariffs die Zahl der zu tarifmäßigen Bedingungen arbeitenden Gehilfen nicht eine wesentliche festgelegte sei, für beide Teile die getroffenen Vereinbarungen aufzuheben seien. Außerdem stehe der Gehilfenschaft der Weg jährlicher Antragstellung offen und an ihr liege es gegebenen Falles, denselben energisch zu beschreiten. Ohne mit allzugroßem Vertrauen für Versprechungen der Prinzipale behaftet zu sein, glaube er doch sagen zu dürfen, daß die für alle größeren Druckorte vorgesehene Errichtung von Arbeitsnachweisen eine Verbesserung bedeute gegenüber dem seit 1891 Platz gegriffenen Willkürzustande gegen die Angehörigen der Verbandsorganisation. Bezüglich des Tarifamtes, dessen Kosten gemeinsam zu tragen seien, gehe seine Meinung dahin, daß, wenn man es verstehe, daselbe mit dem richtigen Wanne zu besetzen, es bei seinem Wirkungstreffe hauptsächlich auf dem Gebiete der Statistik des Buchdruckergewerbes in allen seinen Verhältnissen wohl zum Nutzen der Gehilfenschaft ausfallen könne. An der Gehilfenschaft liege es aber auch, mit energischem Willen die noch vorliegende harte Arbeit zu bewältigen und aus den gegebenen Verhältnissen den möglichststen Nutzen zu ziehen. Sie habe unablässig an der Kräftigung der Organisation zu arbeiten, dann werde in absehbarer Zeit auch die zweite halbe Stunde der verkürzten Arbeitszeit unter sein. — In der Diskussion sprach zunächst Kollege Hildenbrand die Erwartung aus, daß die Versammlung die Erklärung abgeben werde, daß sie das

nunmehr Erreichte unter allen Umständen auch festzuhalten gewillt sei. Wir hätten mäßige Forderungen erreicht und wollten im Hinblick auf den friedlichen Charakter der Vereinbarungen zustehen sein. Er glaube jedoch hinsichtlich des Corr. auszusprechen zu müssen, daß dessen Haltung von guter Wirkung gewesen sei. Immer noch habe für die Unternehmer die Arbeiterpreise bezw. deren „Ton“ herzuhalten gehabt. Die Haltung des Corr. dürfe nicht verurteilt werden. Feuerstein sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Gehilfenvertreter im Vereine mit den Prinzipalen sich zu einer Erklärung gegen den Corr. herbeigelaufen hätten. Man müßte lieber der Leipziger Innung die verdiente Beurteilung schenken, wenn es nicht anders ginge. Reimer hoffte, daß der Verband die vor ihm liegende Zeit zur Stärkung benutzen werde. Der Corr. habe einen tatsächlichen Fehler gemacht. Wendler fand, daß die jetzige Tariforganisation besser geworden sei. Bei Vertragsbruch der Prinzipale seien unsere Verpflichtungen ebenfalls hinfällig. Es sei nicht richtig, wenn man für die neuen Vereinbarungen kein Geld aufwenden wolle, denn andere Arbeiterorganisationen müßten für das gleiche Ergebnis hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung von vornherein bedeutende Opfer bringen. Kowald glaubte, daß auf dem Wege der Verhandlungen nie etwas Ersprießliches zu erreichen sei. Die Kosten der Tarifeinführung habe eben der Verband wieder zu tragen. Die Gehilfenschaft habe alle ihre Kräfte für die fernere Zeit zu sammeln, um auf dem Wege des Fortschritts mehr zu erreichen, sonst ständen wir in hundert Jahren noch wo wir heute stehen. (Heiterkeit.) Knie wies demgegenüber darauf hin, daß wir auf dem Wege der Verhandlung mehr erreicht hätten als durch Kampf. Die Gehilfenschaft müsse aber trotzdem stets die Augen offen halten. Er legte nochmals eindringlich den schwierigen Standpunkt der Gehilfenvertreter bezüglich der Erreichung der vorhandenen Zugeständnisse dar, ebenso bezüglich der besprochenen Resolution. Nach sorgfältiger lebhafter Debatte wurde folgende Resolution des Kollegen Hildenbrand angenommen: „Die allgemeine Versammlung der Stuttgarter Buchdruckergehilfen spricht dem Gehilfenvertreter des Kreises IV für seine Bemühungen ihren Dank aus. Gleichzeitig bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß sie angesichts der tariffeindlichen Haltung der Leipziger Prinzipalität in der Stellungnahme des Corr. eine Verleumdung gegen die Interessen der Gehilfenschaft nicht erwidern kann. Die Versammlung erwartet von den Prinzipalen Stuttgarts, daß die seit dem 4. Mai d. J. eingeführten neuen Arbeitsbedingungen auch für die Folge aufrecht erhalten werden; sie erklärt, selbst für den Fall, daß seitens der demnächst stattfindenden Generalversammlung des D. B. V. die Vereinbarungen nicht acceptiert werden sollten, mit aller Bestimmtheit an denselben festzuhalten.“ Hierauf schloß mit einem kräftigen Mahnrufe zu rastloser Arbeit für die Prinzipalen des Verbandes der Vorlesende, Kollege Schröter, die stark besuchte Versammlung.

## Kundschau.

Von den acht Druckeret in Kaiserlautern haben zwei den neuer Tarif eingeführt und zwar die von Emil Köhr (Pfalz, Volkshg.) am 11. und W. Wient & Co. am 18. d. M. Die Firma Beshagen & Klasing in Bielefeld hat am gleichen am 15., die Fulbaker Aktien-druckeret — ihren Arbeitern eine unverhoffte Pfingstfreude bereitet — am 26. Mai. In Freiburg i. Br. wurde der in den beiden Druckeret wegen der verweigerten Einführung des neuen Tariffs ausgebrochene Konflikt dadurch beendet, daß die eine Firma am 1. Juni, die andre zu Anfang Juli den gekühterten Wünschen nachzukommen versprach. Die Zeitungsnotizen berichten — direkte Nachrichten gingen uns bisher nicht zu — sollen auch die Magdeburger Prinzipale den neuen Tarif bewilligt haben. Vorausgesetzt, daß die Sache sich wirklich so verhält, muß es höchst demutlich erscheinen, daß gerade Magdeburg mit seinen verbandsabgegrenzten Prinzipalen jetzt als leuchtendes Beispiel voranmarschiert. Die beiden Vertreter des Kreises II zu den Tarifverhandlungen in Berlin saßen, wie bekannt, von einer Veränderung der Lokalzuschläge in der Voraussetzung ab, daß die Prinzipale Rheinlands-Westfalens den vereinbarten Tarif voll und ganz zur Einführung bringen würden. Wie sich das Versprechen nun in der Praxis ausnimmt, das ergibt ein Artikel in der Rhein. Ztg. über das Verhalten des Führers der Prinzipalität Rheinlands-Westfalens, des Herrn Bachem in Köln. Es heißt dort u. a.: „Die Zeitungs- und Werkzeiger der Druckeret der stark in Sozialpolitik und Arbeiterfreundlichkeit machenden kölnischen Volkshg. richteten an den Gehilfenauswahls des Geschäfts, dem auch der Vorsitzende des Verbandes katholischer Arbeiter, Herr Rings, angehört, ein Schreiben, worin sie in der bescheidenen Weise ersuchten, beim Prinzipale vorstellig zu werden, damit er den neuen Tarif oder wenigstens den bisherigen allgemeinen Buchdrucker-Tarif einführe, denn bisher wurde nach einem Tarife von Anno Lobat gearbeitet. Der Gehilfenauswahls hat sein möglichstes in der Sache, aber alle Mühe war vergebens, Herr Bachem lehnte mit vielen Worten und häufiger Betonung seines Standpunktes als christlicher Arbeitgeber die geforderte Lohnerhöhung rundweg ab. Wie hochlang die Ankündigung, die Gezeiger würden in den nächsten Tagen jeder ein Exemplar eines Tariffs von 1890 erhalten, nach dem in dem Geschäft gearbeitet würde. Dieser Tarif wurde im genannten

Jahre von den rheinischen Prinzipalen aufgestellt, aber sogar von den Vertretern der nichtgewerkschaftlich organisierten Gehilfen als viel zu wenig bietend abgelehnt und trat deshalb nie in Kraft. Den Arbeitern der frommen Firma J. B. Bachem und wesentlich den von derselben beschäftigten Mitgliedern und Führern des Verbandes katholischer Arbeiter und Handwerker werden nun hoffentlich die Augen darüber aufgehen, was es mit den Lebensarten von den gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf sich hat!“

Pro domo. Auf die Angriffe der Herren Gehilfenvertreter Knie und Reimer in den Versammlungen nach ihrer Heimkunft wird die Redaktion in nächster Nummer Antwort stehen. Zwischen glauben wir gerade dem Kollegen Reimer, ehe er in seinen „scharfen Angriffen“ gegen den Corr. fortfährt, in Erinnerung rufen zu sollen, was er nach der Beendigung des Streikes am 22. Januar 1892 im Corr. geschrieben hat. Er führte dort aus, daß bei dem eben beendeten Kampfe der Klassen-gegenüber gemäß der Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse viel stärker hervorgetreten wäre, als bei dem Kampf im Jahr 1873. Weiter schrieb Kollege Reimer: „Was an tüchtigen Kruppen und hinterlistigen Mitteln zu finden war, zierte das Schild der „höheren Intelligenz“, wir führten offen und ehrlich unsere erprobte Klinge. . . . Wir sind besiegt, doch nicht geschlagen, können wir heute stolz ausrufen; die Prinzipale triumphieren, in Wahrheit aber ist ihnen selbst Angst vor diesem Siege, denn es muß ihm ein — Philipp folgen. Es mag zum Waffenstillstand auf beträchtliche Dauer, allein zum Frieden kann es nimmer kommen, diese Möglichkeit ist seitens der Prinzipale völlig unmöglich gemacht worden. . . . Der Ansturm der Prinzipalität auf die Organisation des Unterstützungvereins ist gründlich und glänzend abge schlagen worden. Eher würde aber auch „der letzte Mann auf der Strecke geblieben“ sein, als nur einen Stein aufzugeben aus unserm Lebenswerte. . . . Allüberall in Deutschland werden die Kollegen sich jetzt die Frage nach der Bedeutung der jetzigen Vorgänge für den Unterstützungverein vorlegen. Lassen wir mit einer kleinen Variante Goethe sprechen, was dieser am Abend der Kanonade von Balmly den Fürsten und Prinzen antwortete, als diese seine Ansicht über den Stand der Dinge auszuforschen suchten: Von hier und heute geht eine neue Epoche in der Geschichte unserer Organisation an und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen!“ Für diesen Artikel mußte die Redaktion von gewisser Seite auf der Stuttgarter Generalversammlung sich Vorwürfe machen lassen, weil er zu scharf gewesen sei (s. Protokoll S. 109). Heute geht Kollege Reimer gegen die Redaktion los, weil sie die Generosität der „höheren Intelligenz“ nicht einsehen und in dem Abschlusse der Tarifrevision kein „Philipp“, sondern ein Canossa erblickt, weil sie weiter der Meinung ist, daß die Klassen-gegenüber heute noch um nichts gelinder, sondern widersätzlicher geworden sind, die Tarifgemeinschaft daher ein Konsens ist, kurz unentwegt auf dem Standpunkte steht, daß wir einen unverzeihlichen Fehler begangen würden, von der „neuen Epoche in der Geschichte“ so rasch und so gebemüht wieder umzulehren und nicht bloß einen Stein, sondern die Grundmauern unserer Organisation aufzugeben — das selbständige Handeln.

Hoffentlich ist die Zeit vorüber — schrieb der berühmte englische Nationalökonom John Stuart Mill im Jahr 1859 —, in der eine Verteilung der „Freiheit“ als eine der Schutzwehren gegen eine verderbte und tyrannische Regierung nötig war. Wir können annehmen, daß nunmehr kein Argument nötig ist gegen die Ansicht, daß es einer Gefesgebung oder Verwaltung, deren Interessen nicht mit denen des Volkes übereinstimmen, gestattete sei, diesem Meinungen vorzuschreiben und zu bestimmen, welche Lehren oder Argumente es anhören dürfe; diese Seite der Frage ist überdes von früheren Schriftstellern so oft und so hegreich erledigt worden, daß sie an dieser Stelle ausführlich nicht mehr behandelt zu werden braucht. Auch ist es, im allgemeinen bemerkt, in konstitutionellen Ländern nicht anzunehmen, daß die Regierung, sei sie nun dem Volke mehr oder minder verantwortlich, oft versuchen werde, die Meinungsäußerung zu beaufsichtigen, ausgenommen, daß sie sich dabei zum Organ der allgemeinen Unzulässigkeit des Volkes macht. Nehmen wir daher an, die Regierung sei mit dem Volke vollkommen einverstanden und denke nicht daran, eine Macht des Zwanges auszuüben, außer in Uebereinstimmung mit dem, was sie für Volkswillige hält. Ich leugne aber, daß das Volk ein Recht habe, diesen Zwang selbstständig oder durch seine Regierung auszuüben. Diese Macht ist an und für sich unbedingte. Die beste Regierung hat hierauf nicht mehr Anrecht als die schlechteste. Sie ist ebenso schädlich, oder noch schädlicher, wenn sie in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung ausgeübt wird, als in Widerspruch mit ihr. Wenn die ganze Menschheit weniger Einem gleicher Meinung wäre und dieser Eine entgegengesetzter Meinung, so wäre die ganze Menschheit nicht mehr berechtigt, diesen Einen mundtot zu machen, als er, wenn er die Macht dazu hätte, berechtigt wäre, die Menschheit mundtot zu machen. Wäre eine Meinung ein persönliches Eigentum, das nur für den Besitzer vom Wert ist; wäre die Verhinderung deren Genußes einfach nur eine private Beeinträchtigung — so würde es einigen Unterschied geben, ob dieser Beeinträchtigung nur wenige oder viel Leute ausgeföhrt wären. Aber das eigentümliche Uebel der Unterdrückung einer Meinung ist, daß dadurch die menschliche Klasse beraubt wird; die

Nachkommen ebenso sehr wie das gegenwärtige Geschlecht; diejenigen, die von der Meinung abweichen, noch mehr als diejenigen, die sie teilen. Ist die Meinung richtig, so raubt man ihnen derart die Gelegenheit, Irrtum mit Wahrheit zu vertauschen; ist sie unrichtig, so verlieren sie den fast ebenso großen Vorteil der deutlicheren Wahrnehmung und des lebhaftesten Eindruckes der Wahrheit, hervorgebracht aus deren Widerstreite mit dem Irrtum.

**Arbeiterbewegung.**

In Dortmund streiten 350 Maurer, 45 Pf. Stundenlohn und gehnürdige Arbeitstage fordern, 180 Mann erhalten bewilligt. Ferner traten in Stettin wegen verweigerter Erhöhung des Lohnes auf 3 Mk. für die eiffründige Tageslohn 100 meist polnische Erbarbeiter in den Ausstand, desgleichen wegen Lohnminderungen in Lübeck 16 Arbeiter einer Ziegelei, und in Halle a. S. diejenigen einer Möbelfabrik.

**Briefkasten.**

L. in R.: 15 Pf. — R. in D.: 3,00 Mk. — G. in H.-E.: 3 Mk. — R. in S.: Entzieht sich unster Kenntnis, da nicht wir, sondern die Post expediert. — F. in Nürnberg: Durch Schlußpaßus erledigt. — R. in W.: Besten Gruß. Notiz nicht zugänglich.

**Verbandsnachrichten.**

**Bayern.** Während der Abwesenheit des Unterzeichneten an den beiden Pfingstfesttagen wurde dessen Briefkasten erbrochen. In demselben fanden sich noch eine Druckschensendung des Gau's Mittelrhein und eine solche des Zentralvorstandes vor. Ich richte deshalb an die Herren Vertrauensmänner und Kollegen, welche event.

Besitzendungen an mich gerichtet haben, die die beiden Pfingstfesttage in München hätten entreffen sollen oder resp. eingetroffen sind, das Erreichen, mit umgebend davon Mitteilung zu machen. Jos. Seig.

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.** Mittwoch den 3. Juni, abends präzis 9 Uhr: Vereinsversammlung im Louisenstädtischen Kongresshaus, Alte Jakobstr. 37. T.-D.: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Berichterstattung über die weiteren Tarifberatungen in Berlin. 3. Referat über die Verhandlungen des zweiten deutschen Gewerkschaftskongresses. 4. Wahl eines Mitgliedes für die ordentliche Medizinalkommission. 5. Fragelasten. ]

**Gau Schlesien.** Abrechnung pro 1. Quartal 1896. Verbandskasse: Einnahme (einschl. 1000 Mk. Vorschuß) 12866,20 Mk., Ausgabe 6593,50 Mk., Ueberchuß 6272,70 Mk. (an den Hauptkassierer eingekandt 3272,70 Mk.). — Gaukasse: Einnahme (einschl. 5494,10 Mk. Bestand) 7935,75 Mk., Ausgabe 1674,43 Mk., Bestand am 31. März 1896: 6261,32 Mk. — An Reiseunterstützung wurden 703,10 Mk., Arbeitslohnunterstützung 802 Mk., sonstiger Unterstützung 247 Mk., an dauernd Arbeitsunfähige 455 Mk., an vorübergehend Arbeitsunfähige und Verpflegungskosten 4116 65 Mk. (einschl. 200 Mk. Begräbnisgeld), an Agitations- und Reisekosten 33,60 Mk. gezahlt. — Die Gaukasse leistete 360 Mk. Zuschuß zur Arbeitslohnunterstützung und 795,09 Mk. für das Correspondent-Obliquatorium. — Aus der Zentral-Invalidenkasse i. Lique wurden 21 Invaliden mit 1926 Mk. (einschl. 100 Mk. Begräbnisgeld) unterstützt. — Bewegungstatistik: Mitglieder stand am Ende des 4. Quartals 1895: 872, neu eingetretten 47, wieder eingetretten 7, zugereist 58, vom Militär 1,

abgereist 77, ausgetreten 2, ausgeschieden 6, gestorben 2. Mitgliederstand Ende des 1. Quartals 1896: 896 in 59 Druckorten. — Arbeitslos waren 93 Mitglieder 2246 Tage, krank 118 Mitglieder 2826 Tage.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Aachen die Drucker Jakob Degenhart, geb. in Aachen 1873, ausgel. das. 1891; 2. Heinrich Jaegers, geb. in Duisburg 1874, ausgel. in Düsseldorf 1892; waren noch nicht Mitglieder. — F. Wilm, Büchel 22. In Arnberg die Seper I. Ferdinand Konze, geb. in Böhle 1868, ausgel. in Arnberg 1886; 2. Theodor Straumann, geb. in Arnberg 1874, ausgel. das. 1892; 3. Hubert Müller, geb. in Arnberg 1875, ausgel. das. 1893; 4. Joseph Kioer, geb. in Arnberg 1878, ausgel. das. 1896; 5. der Drucker Franz Schmitz, geb. in Wennewen 1875, ausgel. in Arnberg 1893; waren noch nicht Mitglieder; 6. der Korrektor Karl Kaspar Heuer, geb. in Kassel 1868, ausgel. das. 1886; war schon Mitglied. — H. Schleifer in Pagen i. W., Halbener Straße 35.

In Vörrach der Seper Heinrich Kioß, geb. in Perl 1871, ausgel. in Mühlheim i. B. 1890; war noch nicht Mitglied. — R. Golschagg in Freiburg i. B., Rägeleesstraße 22.

In Ludwigshafen a. Rh. der Maschinenmeister Ludwig Frank, geb. in Ludwigshafen 1877, ausgel. das. 1896. — F. W. Wenzel, Schulstraße 9.

In Nordhausen der Drucker Alb. Höpfl, geb. in München 1863, ausgel. das. 1879; war schon Mitglied. — R. Bödel in Leipzig, Lange Straße 8c.

**Al. rent. Accidenzdruckerei (S. D.)** äußerst günstig, für 3500 Mk. sof. zu verk. Ausk. u. 698 d. d. Geschäftsst. d. Bl.

Ein Konjortium von Buchdruckern beabsichtigt in Form einer Aktien-Gesellschaft kommenden Herbst ein Zeitungsunternehmen größeren Stils in einer mächtig aufblühenden Industriestadt zu gründen. Als Teilhaber werden noch

**mehrere Schriftsetzer**

welche mindestens 4000 Mk. einzahlen können, gesucht. Kollegen, welche sich an dem Unternehmen, dem eine gute Zukunft vorhergesagt werden kann, beteiligen und sich dadurch eine dauernde Existenz gründen wollen, erhalten durch die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 689 nähere Mitteilungen.

**Tüchtiger Schweizerdegen**

womöglich mit Petroleum-Motor vertraut, für die Sommermonate gesucht. Offerten an Aug. Nautenbach, Sachntz auf Migen. [685]

Für eine Stuttgarter Buchdruckerei wird zu nächst baldigem Eintritt ein in allen Druckarten erfahrener

**Maschinenmeister**

(erste Kraft) gesucht. Offerten unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter S. 5633 an Rudolf Mosse, Stuttgart, erb. [694]

**Maschinenmeister**

an der Coll's-Amory-Pressen firm, sowie tüchtiger Flach-Stereotypen für dauernde Stellung gesucht. Nob. Kunnis & Sohn, Hannover. [702]

**Ein tüchtiger Sieher für Bauersche Kompletmaschine**

sofort gesucht. Schriftsetzerei C. F. Mühl, Leipzig. [693]

**Ein junger, flotter und korrekter Sezer**

sucht Stellung. Beste Off. erbeten an Th. Golschütz, Rattowig D.-S., Friedrichstraße 39. [691]

**Maschinenmeister**

durchaus tüchtig und erfahren in allen besseren Buchdruckerarbeiten, sowie im Illustrations- und speziel Autotypiedruck, sucht Kondition. Offerten erbeten an [696]

J. Glas, Karrera Kunstanstalt, Ober-Weimar. Durchaus tüchtiger, energischer

**Maschinenmeister**

verheiratet, im Illustrations-, Wert-, Zeitungs- sowie feinen Accidenzdrucke bewandert, in letzter Stellung neun Jahre tätig, sucht dauernde Kondition. Beste Offerten erbeten an G. Gorges, Maschinenmeister, Halle a. S., Fleischerstraße 31, III. [688]

Tüchtiger Schriftsetzer, kaufmännisch gebildet u. im Umgange mit dem Publikum bewandert, zuverl. Berichterstatter, mit dem Inzeratenwesen u. der Kalkulation von Drucksachen durchaus erf., sucht sofort Engagement als

**Acquisiteur oder Reisender.**

Suchender war bereits längere Zeit als solcher tätig. Beste Offerten an W. v. d. Walde, Gebel'sberg i. B., Mittelstraße 33, erbeten. [686]

Im Verlage der Leipziger Volkszeitung (H. Petrisch) ist soeben erschienen und durch alle Partei-Buchhandlungen zu beziehen:

**Die neue Tarifgemeinschaft der Buchdrucker,**

ein nationalliberal-gouvernementales Auktudsei für die Arbeiterbewegung.

Ein Betreiben, hinauslaufend

auf die Unterbindung des Koalitionsrechtes.

Von \* \* \*

Preis 10 Pf. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Dieses Schriftchen ist wie kein anderes geeignet, Klarheit zu verbreiten über die arbeiterfeindlichen Pläne des Unternehmertums, das unter dem Deckmantel des „guten Einvernehmens“ die Arbeiter um ihr Koalitionsrecht bringen will. Für jeden Buchdrucker, aber auch für jeden Politiker, der der Sozialpolitik sein Augenmerk zuwendet, dürfte die Broschüre von großem Interesse sein. [704]

Soeben erschienen:

**Heil Gutenberg**

Jubel-Gymne für Männerchor und Pianoforte oder Orchester.

Zum 25jährigen Stiftungsfeste des Vereins Gutenberg, Breslau, komponiert von seinem Dirigenten G. Bensch, Dichtung von Arthur Henze (Siebenbrüder).

Zum bevorstehenden Johannisfeste sowie zu anderen Gelegenheiten allen Sangeskollegen bestens zu empfehlen. Partitur und ein Satz Stimmen 3 Mk., jeder weitere Satz Stimmen 60 Pf. — Zu beziehen durch H. Schneider, Breslau, Wälderstraße 12, III. [679]

Ablhefte mit Hornzwingen empfiehlt Gebr. A. & G. Meyer, Hamburg, Al. Reichenstraße 17/19. [703]

**Crefeld.** Heute Samstag den 30. Mai, Monatsversammlung. [695]

**Dresdener Buchdrucker-Verein.**

Heute Sonnabend den 30. Mai, abends 9 Uhr: Vortrag

des Herrn Manfred Wittich aus Leipzig über: Künstlers Erdenwallen im Altertume im Trianon.

Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand. [697]

**Gelsenkirchen.** Heute Samstag, tag, 30. Mai, abends 9 Uhr. Mitgliederversammlung. [690]

**Halle a. S.** Heute Sonnabend, 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Allgemeine Buchdruckerversammlung im Englischen Hof. [699]

Die Adresse des Sezers Max Heine aus Leipzig (1895 in Böhlig-Ehrenberg wohnhaft) wird an die Geschäftsstelle des Corr. einzufenden gegeben.

Am 21. d. M., abends 11 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unser werter Kollege, der Schriftsetzer

**Ernst Vollert**

im Alter von 35 Jahren. Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen tüchtigen und ehrenwerten Kollegen, sowie der Verband ein langjähriges, treues Mitglied. Ehre seinem Andenken. Gräfenhainichen, den 22. Mai 1896. Der Ortsverein Gräfenhainichen. [692]

Am 26. Mai verstarb nach mehrwöchentlichem Krankenlager unser aus Guben gebürtiger Kollege

**Karl Ferd. Lehmann**

im Alter von 58 Jahren. Wir werden dem Verstorbenen stets ein treues Andenken bewahren. [700] Hamburg, 29. Mai 1896. Die Setzer des General-Anzeigers f. Hamburg-Altona.

Am 27. Mai starb unser geschätzter Kollege, der Schriftsetzer

**Georg Fugger**

im Alter von 55 Jahren. Wir verlieren an dem Entschlafenen ein treues Mitglied, weshalb wir dessen Andenken stets in Ehren halten werden. [701] Mitgliedschaft München.